

100% SOZIAL

für Teltow-Fläming

DIE LINKE.

Zeitung zu den Kommunal- und Europawahlen 2014

LINKEN-Stimme ist Wehlan-Stimme

DIE LINKE: Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Teltow-Fläming

Liebe Wählerin, lieber Wähler, seit der Kommunalwahl 2008 ist DIE LINKE mit ihrer bisher stärksten Fraktion im Kreistag unseres Landkreises Teltow-Fläming vertreten. Kornelia Wehlan und Jürgen Akuloff waren bis zur Landratswahl im September 2013 die Fraktionsvorsitzenden. Mit der Wahl unserer neuen Landrätin hat der Kreistag das knapp gescheiterte Bürgervotum pro Wehlan respektiert. Nun kommt es darauf an, zur Unterstützung der Landrätin für eine starke Linksfraktion im Kreistag zu sorgen. Und DIE LINKE ist eine gute Wahl. Unser Wahlprogramm „100% SOZIAL“ bringt es auf den Punkt. Die erste Priorität liegt klar auf Arbeit, von der man leben kann. Aufträge der öffentlichen Hand darf es nur noch bei tarifgebundenem Lohn bei Einhaltung der Mindestlohngrenze geben, Dumpinglöhne sind sittenwidrig und führen zu Altersarmut!

Bei unserem zweiten Schwerpunkt, eine gute Bildung für alle, setzen wir klar auf gemeinsames lebenslanges Lernen. Wir wollen wohnortnahe Schulangebote, auch im ländlichen Raum.

Soziale Gerechtigkeit für ein selbstbestimmtes Leben ist der dritte Aspekt unseres Programms.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Teltow-Fläming sind für uns das übergeordnete Ziel der Kreisentwicklung! Sie als Bürgerinnen und Bürger haben überall ein Recht auf Grundleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Wir wollen Teltow-Fläming tolerant und nazifrei. DIE LINKE ist für ein weltoffenes Gemeinwesen, in dem Unterschiede nicht zur Dis-

kriminierung von Menschen führen, sondern uns alle kulturell bereichern.

Liebe Wählerin, lieber Wähler, wir stehen für Transparenz und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Volksvertretung und Bürgerschaft. Haushaltskonsolidierung braucht soziales Augenmaß und dafür braucht die Landrätin eine starke Linksfraktion.

So gesehen ist jede Stimme für DIE LINKE eine Stimme zur Unterstützung der Landrätin Kornelia Wehlan.

Wir bitten Sie, am 25. Mai zur Wahl zu gehen und Ihre Stimmen der LINKEN zu geben.

Felix Thier, Kreisvorsitzender DIE LINKE. Teltow-Fläming und Kreistagskandidat



Am 25. Mai wählen gehen

Der letzte Mai-Sonntag ist ein wichtiges Datum für die Bürgerinnen und Bürger im Land, denn an diesem Tag bestimmen sie darüber, was künftig in ihren Kommunen, in ihrem Landkreis und auch in Europa passiert. Fragen wie gute Arbeit, Bildung von Anfang an und Finanzierbarkeit sind zu beantworten. Trotz Haushaltszwängen. Bei uns in Teltow-Fläming wurde der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsplan 2014 einstimmig beschlossen. Jetzt gilt für unseren Landkreis das, was auch für jeden privaten Haushalt gilt: Es darf nicht mehr ausgegeben werden, als Einnahmen da sind. Haushaltskonsolidierung hat Vorrang, denn wir wollen die Entwicklungschancen zukünftiger Generationen sichern. Und so stellten wir jede Aufgabe auf den Prüfstand, wo etwas ohne Schaden verschoben oder auch anders organisiert werden kann, haben wir das getan. Bei diesen Entscheidungen haben wir die Zukunftsaufgaben für Ältere und Jüngere im Blick – die Teilhabe an Bildung und Kultur und Sport, Gesundheit und Mobilität. Trotz Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau sind die so genannten freiwilligen Leistungen nicht gestrichen worden. Auch die unentgeltliche Schülerbeförderung wird es weiterhin geben. Dies gelang nur durch Offenheit, Transparenz, einander zuhören und Hinweise ernst nehmen. So kann Politik gelingen. Deshalb bitte ich Sie: Geben Sie am 25. Mai den Kandidatinnen und Kandidaten Ihre Stimmen, denen Sie genau das zutrauen.

Kornelia Wehlan, (DIE LINKE)

(Anm. der Redaktion: Die Autorin ist Landrätin im Landkreis Teltow-Fläming)

DIE LINKE will mehr Geld für Kommunen

Kommunales Investitionsprogramm soll Infrastruktur in Städten und Gemeinden voranbringen

DIE LINKE in Brandenburg strebt für die Jahre ab 2015 ein kommunales Investitionsprogramm mit einem Umfang von 100 Millionen Euro pro Jahr an.

Für DIE LINKE war es schon immer wichtig, dass in den Städten und Gemeinden mitentschieden wird, welche Bau- bzw. Sanierungsvorhaben realisiert werden sollen und wofür das Geld der SteuerzahlerInnen ausgegeben wird. Zudem kann dadurch auch die regionale Wirtschaft gestärkt werden.

Vorbild für die Überlegungen ist das sogenannte Konjunkturprogramm II.

Die Investitionen sollen nachhaltig wirken und unter anderem in den Unterhalt von Kommunalstraßen und kommunalen Brücken, in den Erhalt von Sportstätten, in die energetische Gebäudesanierung, in die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude fließen. Dazu gehören auch Schulen.

Die Mittel für das kommunale Investitionsprogramm in Branden-

burg soll überwiegend das Land bereitstellen.

Die Kommunen steuern nach dem Vorbild des genannten Konjunkturpaketes II ihrerseits Eigenmittel bei. Zudem werden wir prüfen, inwiefern weitere Mittel des Bundes sowie EU-Gelder nutzbar sind. Eigenmittel können auch aus dem kommunalen Ausgleichsfonds kommen, damit notleidende Kommunen ebenfalls Nutzen aus dem Investitionsprogramm ziehen können.

Mit diesem Investitionsprogramm werden wir einen Teil der den Kommunen übertragenen Mittel ein weiteres Mal auf und vermehren die damit verfügbare Investitionssumme. Was dringend gemacht werden muss, kann damit leichter und schneller in Angriff genommen werden. Das dient der Erhöhung der Lebensqualität in den Städten und Dörfern.

Christian Görke, Landesvorsitzender der LINKEN in Brandenburg

Für alle Kinder:

Längeres gemeinsames Lernen

Die Gemeinschaftsschule ist für uns Linke ein zukunftsfähiges Modell für Brandenburg. In dieser Schule können unsere Kinder länger gemeinsam miteinander und voneinander lernen. Sie werden entsprechend ihrer Neigungen, Talente und Begabungen optimal gefördert. Sie werden nicht sortiert, sondern integriert. Jeder Schulabschluss soll in dieser Schule möglich sein. Die Unterschiedlichkeit und Vielfalt von Kindern und Jugendlichen wird als Chance für ein erfolgreiches, kreatives Lernen und für die Entwicklung sozialer Kompetenzen betrachtet. Wir wollen diese Schule gemeinsam im Dialog mit Eltern, SchülerInnen, LehrerInnen, mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie mit allen an Schule Beteiligten langfristig in Brandenburg einführen. Auf dem Weg dahin müssen die bestehenden Schulformen für SchülerInnen durchlässiger werden. Dafür brauchen wir gleiche Rahmenpläne und Stundentafeln für Oberschulen, Gesamtschule und Gymnasien bis zur Klasse 9. Wir stärken die Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe und schaffen Anreize zur Zusammenführung von Grund- und weiterführenden Schulen. Wir streben den Einsatz von mehr SchulsozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen und Sonder- bzw. InklusionspädagogInnen an.

Wir fördern in Zusammenarbeit mit den Kommunen den Ausbau weiterer inklusiver Grundschulen. Neben einer intensiven pädagogischen Vorbereitung bedarf es der entsprechenden personellen und sachlichen Ausstattung dieser Schulen. Diese Schule bietet allen Kindern und Jugendlichen gleiche Bildungschancen. Bildung darf nicht vom Geldbeutel, von der Herkunft oder dem Wohnort der Eltern abhängen. Jedes Kind in allen Regionen des Landes hat eine Zukunft verdient und deshalb brauchen wir die Gemeinschaftsschule.

Wir stärken die kommunale Familie

Ute Hustig, Bürgermeisterin der Gemeinde Nuthetal, befragt Brandenburgs Finanzminister Christian Görke

Wodurch unterscheidet sich ein linker Finanzminister von einem mit anderem Parteibuch?

Ein Finanzminister ist der Verantwortliche für ein klar umrissenes Aufgabengebiet. Er kann nicht aufgrund seines Parteibuches über mehr oder weniger Geld verfügen. Da ich jedoch davon ausgehe, dass die meisten Leserinnen und Leser dieser Zeitung die beiden einzigen linken Finanzminister kennen, nämlich meinen Amtsvorgänger Helmut Markov und mich, beantwortet sich die Frage doch fast von selbst. Oder erkennen Sie sehr viele Ähnlichkeiten zwischen uns und, sagen wir mal, Herrn Schäuble? Uns unterscheidet die Herangehensweise an Politik. Wir bleiben dabei: Unsere Haushaltspolitik wird immer soziales Augenmaß wahren. Das ist keine leichte Aufgabe, aber der stellen wir uns auch in der kommenden Wahlperiode.

Woher speisen sich die Finanzen einer Kommune?

Die Gelder der Kommunen stammen aus der gleichen Quelle wie die des Landes und des Bundes. Es sind die Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die uns anvertraut sind. Damit sorgsam umzugehen und sie zu vermehren, ist Aufgabe aller, die politische Entscheidungen zu treffen haben.

Die wichtigste eigene Einnahmequelle der Kommunen ist zum Beispiel die Gewerbesteuer. Jede Bürgermeisterin und jeder Bürgermeister hat also die Chance, selbst mit zu beeinflussen, wie viel Geld für soziale oder kulturelle Vorhaben ausgegeben werden

kann, indem sie ihren Handwerks- und Gewerbebetrieben gute Bedingungen bereit stellen und neue Unternehmen in den Ort holen.

Was hat die rot-rote Landesregierung in der zu Ende gehenden Legislaturperiode an der Finanzierung der Kommunen geändert?

Wir haben die finanzielle Lage der Kommunen gestärkt. 2011 haben wir den Demografie-Faktor eingeführt und inzwischen auf fünf Jahre ausgeweitet. Davon profitieren Kommunen mit Einwohnerrückgang. Sie erhalten übergangsweise

dem Ausgleichsfonds Hilfen erhalten, um überregional bedeutsame Investitionen realisieren zu können. Mit Beginn dieses Jahres führten wir den Jugendhilfelastenausgleich ein. Und auch die solidarische Finanzausgleichsumlage, die oft als „Reichensteuer“ verunglimpft wird, ist ein Kind der LINKEN, um in der kommunalen Familie das Prinzip, dass der Stärkere dem Schwächeren hilft, zu verankern.

In den Gemeinden wird immer über Instandhaltungsrückstau - vor allem an Straßen, Rad- und

periode ein kommunales Investitionsprogramm im Umfang von 100 Millionen Euro pro Jahr auflegen. Es wird ein zentrales Vorhaben im Landeswahlprogramm der Linken sein (Siehe auch S.1 dieser Zeitung).

Was haben Sie vor, um die finanzielle Lage der Kommunen generell zu verbessern?

Von unserer soliden Haushaltspolitik partizipieren die Kommunen gleichermaßen wie das Land. Nach der jüngsten Steuerschätzung im November 2013 wurden für dieses

Jahr Steuermehreinnahmen in Höhe von 19,2 Millionen Euro vorhergesagt. Wir haben diese Summe in den Nachtragshaushalt 2013/14 eingestellt, so dass die Kommunen davon 3,82 Millionen Euro zusätzlich erhalten. Dank der Steuermehreinnahmen fällt die für 2013 erwartete Spitzabrechnung des kommunalen Finanzausgleichs auch besser als erwartet aus. Vom Plus in Höhe von 9,72 Millionen Euro reicht das Land die Hälfte - also 4,86 Millionen



mehr Schlüsselzuweisungen als ihnen nach der aktuellen Einwohnerzahl zustehen würde. So können sie den Strukturwandel besser gestalten. Wir haben die Möglichkeit geschaffen, dass auch finanziell angeschlagene Kommunen aus

Gehweg, aber auch Schulen und anderen kommunalen Gebäuden - geklagt. Haben Sie eine Idee, was wir dagegen machen könnten?

Genau für dieses Problem möchten wir in der nächsten Legislatur-

Euro - schon vorfristig in diesem Jahr an die kommunale Familie weiter. Es kommt aber immer auch auf die Kommunen selbst an. Das Land kann Hilfen geben, aber dies sollen immer auch Hilfen zur Selbsthilfe sein.

Leistungsfähige und moderne Krankenhäuser

84 Prozent der Patientinnen und Patienten in Brandenburg würden ihr Krankenhaus weiterempfehlen. Das hat eine der größten Befragungen in Deutschland ergeben, deren Ergebnis im vergangenen Jahr vorgestellt wurde. Brandenburg liegt damit über dem Bundesdurchschnitt.

„Unsere Krankenhäuser leisten eine gute Arbeit. Sie sind ein wichtiger Anker in der gesundheitlichen Versorgung im Land. Und wir tun alles, um sie für die Zukunft fit zu machen“, erläutert Gesundheitsministerin Anita Tack mit Blick auf die 53 Krankenhäuser mit 62 Standorten. Über eine halbe Million

Patientinnen und Patienten werden jährlich hier versorgt.

Rund vier Milliarden Euro Fördermittel wurden seit Gründung des Landes für den Auf- und Ausbau zur Verfügung gestellt, davon rund 2,77 Milliarden aus Landesmitteln. „Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und unsere Krankenhäuser in erheblichem Umfang wirtschaftlich gestärkt“, so Tack. DIE LINKE hat dafür gesorgt, dass zu Jahresbeginn 2013 die Krankenhausfinanzierung von einer Einzelinvestitionsförderung auf eine verlässliche Investitionspauschale umgestellt wurde. 2014 trat der neue Krankenhausplan in Kraft.

Da über zwei Drittel aller Krankenhausleistungen von Menschen im höheren Lebensalter in Anspruch genommen werden, hat die Landesregierung die Krankenhausleistungen in der Geriatrie, in der Inneren Medizin und in der Neurologie deutlich erhöht. Tageskliniken verstärken die Präsenz von Krankenhausleistungen in der Fläche.

„Gerade in der Altersmedizin helfen Tageskliniken einen Krankenhausaufenthalt zu verkürzen oder zu vermeiden. Patientinnen und Patienten können schneller in ihre häusliche Umgebung zurückkehren und wieder aktiv am Leben teilhaben“, begründet Tack diesen Schritt.

Darüber hinaus stehen landesweit 30 Kliniken mit rund 5.400 Betten für medizinische Rehabilitation bereit.

Gleichzeitig zählen die Brandenburger Krankenhäuser und Rehakliniken in den jeweiligen Städten und Kreisen zu den größten Arbeitgebern und sichern damit vielen Familien das Haushaltseinkommen. Mehr als 27.000 Beschäftigte haben hier ihren Arbeitsplatz.

Gerade für diese vielen engagierten Beschäftigten in den Brandenburger Kliniken ist das Umfrageergebnis eine schöne Auszeichnung und Ansporn für weitere gute Leistungen.

Was gehört uns allen? Entscheiden Sie mit!
DIE LINKE.
www.dielinke-kommunal.de

Für den Kreistag kandidieren jeweils auf Platz 1 in den Wahlkreisen



Peter Dunkel: 1942 wurde ich in GroBräschen geboren und lebe seit 50 Jahren in Ludwigsfelde. Ich bin verheiratet, habe zwei Kinder und drei Enkel. Seit 1990 bin ich Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE sowie seit 2003 Abgeordneter des Kreistages TF.



Roland Scharp: Der Standort Schönefeld für den „Hauptstadtflughafen“ BER ist und bleibt falsch. Jeder Mensch hat das Recht, von gesundheitsschädlichem Lärm verschont zu bleiben, dies gilt insbesondere für Flug- und anderen Verkehrslärm. Dies galt 2008 und heute.



Mein Name ist Dirk Hohlfeld. Seit 1998 bin ich Mitglied des Kreistages. Dort bin ich Vorsitzender des Ausschusses für Haushalt und Finanzen. Ich wurde 1950 in Ludwigsfelde geboren, bin verheiratet und habe drei Kinder. Ich arbeite als Beratungsstellenleiter eines Lohnsteuervereins.



Jürgen Akuloff: Als gebürtiger Brandenburger, Jahrgang 1948, setze ich mich seit 36 Jahren ehrenamtlich für die Verbesserung des Lebensalltags in den Städten und Gemeinden ein. Als Diplomingenieurökonom arbeite ich in der Baustoffindustrie, bin verheiratet und Vater von zwei Kindern.



Maritta Böttcher, 1954, Lehrerin, seit 1990 Mitglied des Kreistages: Ich werde weiter dafür sorgen, dass die Aufdeckung und Bekämpfung sittenwidriger Löhne für Hartz-IV-Bezieher umgesetzt wird, das Netzwerk für Gesunde Kinder weitergeführt und die Seniorenarbeit selbstverständlich wird.

Aus dem Kreiswahlprogramm

- Abschaffung von Niedriglohn- und Leiharbeit
- Mindestlohn und Tarifbindung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
- Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand
- Stärkung der Regionalentwicklung**
- keine stromerzeugenden Biogasanlagen, die gleichviel ungenutzte Abwärme wie Strom erzeugen
- Unterstützung der Sonnenenergiegewinnung. Windenergie und Anwohnerinteressen sowie der Landschafts- und Naturschutz müssen im Einklang stehen
- Flughafen BER**
- Ausweitung des Nachtflugverbotes von 22-6 Uhr
- Unterstützung des Schallschutzes für Betroffene
- Infrastruktur und Mobilität**
- Fortsetzung und schneller Abschluss des Neubaus der Ortsumfahrung Thyrow
- Förderung der Mobilität von Pendler/innen und

- von Bewohner/innen ländlicher Gebiete. Keine Streichung von bisherigen Verkehrsleistungen
- Ländlichen Raum lebensfähig gestalten**
- Förderung der Land- und Forstwirtschaft als Wirtschaftsfaktor
- Veredelung von Produkten vor Ort und Direktvermarktung
- Bildung und Kultur**
- beitragsfreies Vorschuljahr für alle Kinder
- Neueinstellungen von Lehrer/innen zwecks deutlicher Reduzierung des Unterrichtsausfalls
- Erhalt unserer Museen, Galerien und Bühnen
- Kultur als Pflichtaufgabe
- Soziale Gerechtigkeit**
- Unterstützung von behinderten Menschen
- Sicherung einer wohnortnahen hausärztlichen

- Versorgung und einer bedarfsgerechten fachärztlichen Behandlung
- Zugang zu Sozialeinrichtungen, Sport- und Kulturstätten unabhängig vom Geldbeutel.
- Erhalt und Ausbau von Jugendclubs und Jugendzentren
- Gestaltung der Kommunalpolitik mit und für Senioren/innen
- Mit Prävention Kriminalität bekämpfen**
- Sicherheitspartnerschaften und kommunale Konzepte zur Kriminalitätsverhütung
- Kein Abbau polizeilicher Präsenz vor Ort
- Für ein tolerantes und nazifreies Teltow-Fläming**
- Unterstützung antifaschistischer Bündnisse und Aktivitäten

- Keine Überlassung des öffentlichen Raumes an Nazis
- Bürgernähe durch transparente Verwaltung**
- Rechtzeitige Beteiligung der Bürger/innen an allen Entscheidungsprozessen
- Geringste Belastung bei Gebühren und Beiträgen sowie anteiliger Erschließungsaufwendungen
- Für DIE LINKE kandidieren**
- WK 1 (Ludwigsfelde, Großbeeren):** Peter Dunkel, Angelika Linke, Dr. Irene Pacholik, Silvio Pape, Marlies Dominok, Klaus Hubrig, Heidrun Heinrich, Erika Dahlke, Gerda Günther, Rosegret Semt
- WK 2 (Blankenfelde-Mahlow, Rangsdorf):** Roland Scharp, Stefanie Scharp, Anke Scholz, Alexander Fröhlich, Christa Weinert, Hartmut Rex, Christa Schubert, Alexander Boldt, Axel Claus, Martin Wegner, Dr. Günter Stirmal

- WK 3 (Trebbin, Zossen, Am Mellensee):** Dirk Hohlfeld, Annekathrin Loy, Cornelia Graffunder, Dr. Rainer Reinecke, Tina Senst, Sascha Loy, Hans-Joachim Büder, Steffen Sloty, Conrad Irrgang
- WK 4 (Nuthe-Urstromtal, Luckenwalde, Baruth/Mark):** Jürgen Akuloff, Gabriele Pluciniczak, Sabine Bölker, Felix Thier, Mandy Turley, Ralf Rische, Dr. Margitta-Sabine Haase, Dr. Rudolf Haase, Marko Ott, Dr. Peter Gehrman, Jörg Stubbe, Michael Ebell, Helmut Werner, Eberhard Pohle
- WK 5 (Jüterbog, Niedergörsdorf, Niederer Fläming, Amt Dahme/Mark):** Maritta Böttcher, Anton Gorisek, Heike Kühne, Reinhard Siebert, Edeltraut Liese, Klaus Pollmann, Petra Haase, Dirk Peukert, Annette Schreiber, Jörg-Martin Bächmann, Manfred Thier, Bernd Dieske

Stadt Luckenwalde



Dr. Margitta-Sabine Haase: Ich bin gebürtige Luckenwalderin, verheiratet und habe eine Tochter und vier Enkelkinder. Von Beruf bin ich Betriebswirtin. In meiner Freizeit erfüllt mich meine ehrenamtliche Tätigkeit als Vorsitzende des Fördervereins der Jakobikirche e.V.

Arbeit, von der man leben kann hat Priorität
 Unsere wichtigsten Ziele dabei sind:
 - Erhalt von Arbeitsplätzen, Mindestlohn und Tarifbindung für öffentliche Aufträge.
 - Infrastruktur und Mobilität, Erarbeitung und Umsetzung eines Verkehrswegeplanes.
 - Öffentliche Leistungen der Daseinsvorsorge sichern, Weiterführung des von uns initiierten Bürgerhaushalts, Gründung einer Bürgerenergiegenossenschaft in der Stadt, **Eine gute Bildung für alle – von Anfang an.** Wir stehen für den uneingeschränkten Rechtsanspruch eines jeden Kindes auf einen Kita-Platz. Wir werden auch zukünftig am Luckenwalder Sozial- und Familienpass festhalten.
Ein selbstbestimmtes Leben sichern – sozial gerecht.
 Mit der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes in den nächsten Monaten werden weitere wichtige Entwicklungsetappen unserer Stadt für die nächsten fünf Jahre festgeschrieben.
 Sport- und Kulturstadt Luckenwalde – Ringen, Fußball und die Sportarten in der DLRG-Ortsgruppe werden wir vorrangig unterstützen. Wir nehmen ideenreich an der Vorbereitung der 800-Jahrfeier unserer Heimatstadt teil. Die kostengünstigste Betreibung unseres Sport- und Freizeitbades „Fläming-Therme“ muss oberstes Ziel der Stadtverwaltung sein. Das Handwerkerbad Elsthal (Freibad Elsthal) ist als Freibad zu erhalten.

Stadt Ludwigsfelde



Angelika Linke, 64 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, Beruf Agrotechnikerin, jetzt Rentnerin, seit 1998 in der Kommunalpolitik engagiert, im Kreistag und seit zehn Jahren in Ludwigsfelde, Interessen: Soziale Themen und Ehrenamt in allen Bereichen.

Kurzwahlprogramm Ludwigsfelde
 Ludwigsfelde wächst - neuer und dauerhaft bezahlbarer Wohnraum ist für die Weiterentwicklung unserer Stadt zwingend notwendig. **Weitere Ziele sind:**
 - Förderung der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Schulen, um zukünftige Fachkräfte in unserer Stadt zu entwickeln und zu halten,
 - Entwicklung eines kulturellen Nutzungskonzepts unseres Klubhauses. Hilfe beim Erhalt von Baudenkmälern.
 - Schaffung eines Jugendbeirats in unserer Stadt.
 - Bessere Förderung des Vereinssports, Zugang zum Sport darf am Geld nicht scheitern.
 - Bessere Busanbindung des Bahnhofsteppes Struveshof gerade an den Wochenenden.
 - Unterstützung eines Neubaus unserer Polizeiwache, um die Arbeitsmöglichkeiten der Polizeibeamten grundlegend zu verbessern.
 Vorlagen und Materialien der öffentlichen Sitzungen der SVV und deren Ausschüsse sind im Vorfeld für jeden Bürger online abrufbar bereitzustellen.
 Auf unserer Liste kandidieren: Peter Dunkel, Angelika Linke, Silvio Pape, Heidrun Heinrich, Klaus Hubrig, Dr. Cornelia Hafenmayer, Uwe Wodtke, Erika Dahlke, Klaus Jeschke, Annelies Böhme, Reinhold Krause, Helga Ehrlich, Rosemarie Büdke, Gerda Günther, Marlies Dominok, Peter Rieger, Rosemarie Pätsch.

4 100% SOZIAL für Teltow-Fläming

Stadt Zossen



Carsten Preuß, Jahrgang 1962, ist im Landkreis Teltow-Fläming geboren und aufgewachsen, z.Zt. parteiloser Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der SVV Zossen. Der Diplomaringenieur kandidiert im Herbst auch für den Landtag. Er ist Mitglied im Vorstand des BUND Brandenburg und war der Initiator der erfolgreichen Petition gegen die weitere Seenprivatisierung.

Weiter kandidieren: Cornelia Graffunder, Annekathrin Loy, Dr. Rainer Reinecke, Ilona Schmitt, Steffen Sloty, Konrad Tschorn, Sascha Loy, Bernd Brühl, Jürgen Steinert, Joachim Büder, Conrad Irrgang und Dietmar Schulze.

Wir von der Basisorganisation Zossen verfolgen mit unserem Wahlprogramm das Ziel, einen Lebensraum in Einheit von Ökonomie und Ökologie, von Wirtschaft und Sozialem zu entwickeln und eine Kultur des respektvollen und konstruktiven Miteinanders zu gestalten. Wir setzen uns daher für die Aufwertung der Zossener Innenstadt und Nutzung touristischer Potenziale ein, dazu zählt auch die Instandhaltung von Straßen, Plätzen, Geh- und Radwegen. Zudem möchten wir den Schutz von Lebensräumen und Investitionen in Natur- und Landschaftsschutz fördern.

Damit Zossen für die Einwohner und ansässigen Unternehmen attraktiv bleibt, streben wir eine gemeinschaftliche Leitbilddiskussion sowie die Einführung des Bürgerhaushalts an. Zudem setzen wir uns für eine wohnortnahe Versorgung mit Allgemein- und Fachärzten und einen barrierefreien Zugang zu öffentlichen Gebäuden und Veranstaltungen sowie ein inklusives Bildungsangebot und lebensbegleitende Weiterbildung ein.

Die Förderung seniorengerechten Wohnens und die Schaffung von Mehrgenerationsangeboten ist für uns ebenso wichtig, da der Anteil der über 65-jährigen bis 2030 auf ca. 32% steigen wird. In Zossen wohnen Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern und mit unterschiedlichen ethnischen Wurzeln. Damit dies so bleibt, setzen wir uns für eine Willkommenskultur ein, die auch Migranten, Asylsuchenden und Kriegsflüchtlingen einen menschenwürdigen Aufenthalt in unserer Stadt ermöglicht.

Gemeinde Blankenfelde-Mahlow



Mein Name ist Stefanie Scharp, ich bin 27 Jahre alt und wohne seit meiner Geburt in Blankenfelde-Mahlow. Ich habe von 2007 bis 2013 an der Universität Potsdam Soziologie und Philosophie studiert und arbeite seit Juli 2013 an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam. Ich bin seit meinem 15. Lebensjahr politisch aktiv und arbeite seitdem engagiert in verschiedenen Gremien mit. Seit 2008 bin ich für die Partei DIE LINKE Mitglied der Gemeindevertretung Blankenfelde-Mahlow.

Blankenfelde-Mahlow ist mit ca. 25.000 Einwohnern die größte Gemeinde im Kreis Teltow-Fläming, wir haben eine gute Infrastruktur und eine stabile Finanzlage. Die durch diese guten Voraussetzungen erreichte Entwicklung in verschiedensten Bereichen der Großgemeinde muss in der nächsten Legislaturperiode weiter verfolgt und intensiviert werden. Im Bereich der Kitas und Schulen muss eine gute technisch-materielle Ausstattung sowie eine konsequente Umsetzung des Rechtsanspruches auf Kita- und Hortplätze gewährleistet werden. Die gut ausgebauten Sportstätten in der Gemeinde sind zu erhalten und die sozialverträglichen Beiträge der ortsansässigen Vereine sind durch finanzielle Förderung im Rahmen der freiwilligen Aufgaben zu sichern. Die Jugendarbeit muss durch den Bau eines neuen Jugendhauses im Ortsteil Mahlow weiter ausgebaut werden. Die durch die Volkssolidarität und der Seniorenbeauftragten besonders aktive Seniorenarbeit muss weiterhin auf allen Ebenen gefördert werden. Zudem werde ich mich weiterhin für die Umsetzung des Volksbegehrens zur Ausweitung des Nachtflugverbotes und für den planfestgestellten baulichen Schallschutz für die Betroffenen einsetzen. Im Bereich Bauen haben die Sanierung der Fuß- und Radwege in der Gemeinde sowie die Umsetzung eines Rathausneubaus höchste Priorität. Die in den letzten Monaten deutlich eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Gemeindevertretung muss endlich wieder hergestellt werden, damit wir gemeinsam die Entwicklung unseres Ortes positiv beeinflussen können.

Gemeinde Rangsdorf



Hartmut Rex, geboren 1943 in Rarfin, verheiratet, zwei erwachsene Kinder, seit 1965 wohnhaft in Rangsdorf. Aktive Teilnahme an der Arbeit der Gemeindevertretung seit Anfang 1990; Mitwirkung in den unterschiedlichsten Ausschüssen. In zwei Legislaturperioden Abgeordneter im Kreistag bzw. sachkundiger Einwohner. Meine Zielstellung:

- **Solide Finanzausstattung und Finanzpolitik in den Kommunen;**
- **Keine Kürzungen von freiwilligen Leistungen sowie kein Verkauf kommunaler Wohnungen**

Die Kandidaten der Partei DIE LINKE haben als Abgeordnete und sachkundige Einwohner bereits in der bisherigen Gemeindevertretung gearbeitet und sich kritisch und fördernd eingebracht. Sie werden sich auch künftig für eine langfristig orientierte Gemeindeentwicklung sowie bürgernahe Verwaltungsarbeit engagieren. Sie setzen sich dafür ein, dass

- die soziale, kulturelle und sportliche Entwicklung stärker in den Mittelpunkt gerückt wird: Schaffung neuer, der Kinderzahl angepasster Hortkapazitäten, Planung einer Sporthalle an der Oberschule, schrittweiser Ausbau eines Sportzentrums im Bereich Lindenallee, Unterstützung und Förderung der Vereine; Interessenausgleich zwischen Tourismus, Freizeitnutzung und Vogelschutz am Rangsdorfer See;
- nach der Fertigstellung der Bahnquerung (Tunnel) die Bahnhofsumfeldgestaltung im Interesse der Bürger erfolgt und eine zweite Bahnquerung im Bereich Pramsdorf geschaffen wird;
- der Ausbau von Straßen, Geh- und Radwegen kontinuierlich fortgesetzt bzw. forciert wird und der Neubau des Feuerwehrgebäudes umgehend erfolgt;
- es zu keinem Ausverkauf gemeindeeigener Grundstücke kommt.

Die Kandidaten der Partei DIE LINKE setzen sich für ein tolerantes, kulturvolles und sportliches Rangsdorf ein.

Gemeinde Großbeeren



Dr. Irene Pacholik, geboren (1952) und aufgewachsen in Sachsen-Anhalt, Ökonomiestudium in Berlin, seit 1974 in Großbeeren. Witwe, im Ruhestand, zwei erwachsene Kinder und vier Enkel.

Schon in der Schule gesellschaftlich aktiv, seit 1968 aktiv im DRK, seit 1971 in der Partei, 1972-76 Mitglied im Zentralrat der FDJ, seit 1990 für unsere Partei Gemeindevertreterin in Großbeeren und Kreistagsabgeordnete. Hobbies neben der Kommunalpolitik und sozialem Engagement sind Familie, Computer, Gartenarbeit und Basteln.

In der ablaufenden Legislaturperiode hat sich Großbeeren weiter entwickelt, z.B. Erweiterungsflächen für das GVZ, Verbesserung der Infrastruktur, neue Kita und Wohngebiete, Vorbereitung für Hortneubau.

Sachkompetenz und Engagement haben sich durchgesetzt. Frau Dr. Irene Pacholik hat als Einzelkämpferin unserer Partei in der Gemeindevertretung seit 1990 gemeinsam mit den anderen Gemeindevertretern viel auf den Weg gebracht und so die Weichen für die gute Entwicklung von Großbeeren gestellt.

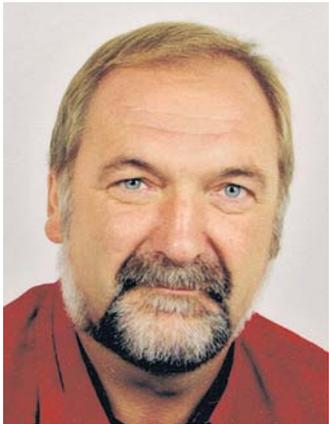
Aber nur bei guter wirtschaftlicher Entwicklung verfügt die Gemeinde über genug finanzielle Mittel zur Realisierung von Pflicht- und freiwilligen Aufgaben.

Gemeindepolitik ist nicht Parteienpolitik, deshalb ist unser Maßstab: Orientierung an den Interessen unserer Einwohner auch bei Sparzwang! Großbeeren soll sich als beliebter Wohnort und Standort für Unternehmensansiedlungen weiter gut entwickeln und attraktiver werden.

Wir setzen uns weiterhin ein für eine transparente Gemeindepolitik durch sachbezogene und konstruktive Zusammenarbeit in den kommunalen Gremien mit allen Mitgliedern der Gemeindevertretung über alle Fraktionsgrenzen hinweg, um Großbeeren l(i)ebenswert zu gestalten!

Der Erhalt gemeindlicher Einrichtungen, Nachtflugverbot von 22-6 Uhr, weitere Entwicklung aller Orts- und Gemeindeteile und weitere Förderung ortsansässiger Vereine sind uns sehr wichtig.

Gemeinde Am Mellensee



Spitzenkandidat: Siegbert Weigt, Jg. 56, parteilos, Techn. Angestellter. Unsere weiteren KandidatInnen: **Jane Müller (Jg. 46, Saalow, Friseurmeister), Christa Thiemes (Jg. 53, Sperenberg, parteilos, Industriekaufmann), Klaus Wendt (Jg. 48, Sperenberg, parteilos, Rentner), Doreen Schulze (Jg. 80, Sperenberg, parteilos, Zahnarzthelferin), Gerhard Schlag (Jg. 36, Sperenberg, Rentner), Judith Kruppa (Jg. 65, Saalow, parteilos, Rentnerin), Hans-Jürgen Thiemes (Jg. 42, Sperenberg, parteilos, Rentner).**

Hier ein kurzer Auszug aus unserem Wahlprogramm zur Wahl der Gemeindevertretung und der Ortsbeiräte der Gemeinde Am Mellensee und deren Ortsteile: Die Mitglieder und KandidatInnen der Fraktion und Basisorganisation DIE LINKE Am Mellensee setzen sich besonders für folgende Aufgabengebiete ein: Für die Mitarbeit an dem Leitkonzept unserer Gemeinde. Dieses beinhaltet an vorderster Stelle die Entwicklung und den weiteren Ausbau des Tourismus, darin eingebettet die Entwicklung von Gewerbe und naturnaher Landwirtschaft. Wir sind für die Erhaltung beider Grundschulen, für die Schaffung der materiellen Voraussetzungen zu bestmöglichen Bildungsergebnissen in den Kinder- und Jugendeinrichtungen. Wir engagieren uns für ein unentgeltliches letztes Kindergartenjahr. Für sehr wichtig halten wir die Entwicklung der Infrastruktur, den Ausbau und die Erhaltung der Straßen und Wege. Wir werden trotz des negativen Bescheids des zuständigen Ministeriums alle Aktivitäten unterstützen, um das Radwegeprogramm unserer Gemeinde zu verwirklichen. Wir unterstützen die Durchsetzung des Finanzplanes unserer Gemeinde. Wir treten ein für die Sicherung der ortsnahen Versorgung in den Ortsteilen unserer Gemeinde und unterstützen die Bemühungen um je einen Raum für Treffs und Versammlungs- und Diskussionsmöglichkeiten.

Stadt Trebbin



Kai Kueckes wurde 1970 in Ludwigsfelde geboren. Bis 1987 Besuch der Oberschule in Blankensee. Im Anschluss Ausbildung zum Flugzeugmechaniker. Bis 1992 als Flugzeugmechaniker bei der Firma MTU in Ludwigsfelde tätig. 1992 bis 1994 Abitur in Potsdam. Von 1994 bis 1997 Fachhochschulstudium mit Abschluss Dipl.-Finanzwirt. Bis heute als Dipl.-Finanzwirt berufstätig. Seit 1993 stellv. Bürgermeister/stellv. Ortsbürgermeister im OT Glau. 1998 nach der Gemeindefusion Stadtverordneter der SVV Trebbin. 2003 bis 2008 Stadtverordneter und Fraktionsvorsitzender in der SVV Trebbin.

LEBENSBEDINGUNGEN Wir kämpfen unter anderem für: Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung und Förderung regionaler Handwerksbetriebe sowie klein- und mittelständischer Unternehmen, Unterstützung und Einführung eines nachhaltigen und ökologisch geschlossenen Energiekonzeptes der Stadt, bezahlbaren Wohnraum, nachhaltiges Vermarktungskonzept „Aussichtsturm Löwendorfer Berg“ und damit verbunden der Gaststätte Priedel, ausreichende Parkmöglichkeiten für Besucher des Turms und barrierefreier Fußweg dorthin, kostensenkenden Wechsel für die Bürger vom KMS zum WARL, Einführung eines Bürgerhaushalts für alle Ortsteile, Beitritt Trebbins zum Bündnis „umFAIRverteilen! Vermögenssteuer jetzt!“ Unterstützung des Trebbiner Heimatvereins zum Erhalt seines Standortes, weitere denkmalgerechte Sanierung der Innenstadt.

BILDUNG Erhalt der Schulstandorte, der Schulsozialarbeit und Jugendclubs, kostenfreies Mittagessen für alle Schüler, Förderung weiterer Projekte der Goethe-Oberschule zum Verlegen von Stolpersteinen, weiterer Ausbau der Kinderbetreuung mit variablen Betreuungszeiten, Verankerung des Kinderschutzbundes in Trebbin.

NATUR UND UMWELT Verbot von Gentechnik und Düngemitteln über die Erhaltung der natürlichen Bodenfruchtbarkeit hinaus, Genehmigung von Biogasanlagen, wenn ihre Abwärme genutzt wird.

MOBILITÄT Verbesserung des örtlichen Nahverkehrs und die Einrichtung eines Rufbusses, gute Erreichbarkeit des medizinischen Versorgungszentrums, auch für ältere Bürger sowie Familien mit Kindern.

Stadt Baruth/Mark



Michael Ebell, parteilos, geb. 24.07.1959, verheiratet, ein Kind, Diplomforstingenieur, Beamter im Landesbetrieb Forst Brandenburg, Stadtverordneter seit 2003: „Ich stehe für den Erhalt der Wälder als wichtigstes Ökosystem Berlin-Brandenburgs, für die ökologische, wirtschaftliche, touristische und kulturelle Entwicklung der Stadt Baruth/Mark.“ Weitere Kandidaten: **Ute Nitsche, parteilos, Jörg Stubbe, Helmut Werner, Frank Schlodder, parteilos, FFW Baruth, Lothar König, parteilos, ORTSBEIRAT PETKUS: Helmut Werner**

Aus dem Wahlprogramm Wir wollen mit dazu beitragen, dass sich die Stadt Baruth/Mark zu einem wirtschaftlichen, attraktiven Leistungs- und Bildungszentrum der Holzbranche entwickelt. Dabei soll das bisher Erreichte gestärkt und ausgebaut werden. Gleichzeitig sollen die touristischen Attraktionen der Stadt Baruth/Mark durch Vernetzung gestärkt werden. Wir kämpfen für einen Bevölkerungszuwachs und damit für die weitere Eigenständigkeit der Stadt Baruth/Mark.

Wir setzen uns für folgende konkrete Ziele für die Stadt Baruth/Mark und ihre Ortsteile ein:

BILDUNG/SOZIALES Entwicklung einer wirtschaftsbezogenen Oberschule in Baruth/Mark, Neubau Hort Baruth, Neubau Sportlerheim mit Kegelbahn für den SV Fichte Baruth als Sportzentrum, Bessere Vernetzung der touristischen Attraktionen.

WIRTSCHAFT Weiterentwicklung des Industriegebietes Bernhardsmüh als leistungs- und zukunftsfähiges Holzverarbeitungszentrum und Verbesserung der Informationspolitik zur besseren Akzeptanz in der Bevölkerung

INFRASTRUKTUR ORTSTEILE Weitere Verbesserung der Ausrüstung der Ortswehren, Lückenschluss Rad- und Skaterwegenetz in den Ortsteilen, Anbindung Groß Ziescht und Petkus an das Rad- und Skaterwegenetz des Landkreises, Bau des touristischen Radwegs Mückendorf-Zesch.

Gemeinde Nuthe-Urstromtal



Holger Jeserigk, 45 Jahre, Diplom-Geograph, verheiratet und Ortsvorsteher von Dobbrikow. Er vertritt die Belange der Nuthe-Urstromtaler in der Gemeindevertretung seit 2008 und ist Vorsitzender des Bauausschusses. Weiterhin kandidieren für die Gemeindevertretung: **Bärbel Kuhlbrodt, Josefine Schadow, Gerd Heine, Barbara Nitzsche, Wolfgang Ernicke, Patrick Schlecht, Andreas Pluciniczak, Harald Bartel.** Als Ortsvorsteher kandidieren: **Holger Jeserigk, Dobbrikow; Carina Wunderlich, Hennickendorf; Bärbel Kuhlbrodt, Kemnitz; Ute Berger-Ziehe, Nettendorf; Bettina Schmidt, Woltersdorf**

Wahlschwerpunkte DIE LINKE. Nuthe-Urstromtal Einem lebenswerten Wohnen in den 23 Dörfern in Nuthe-Urstromtal dienen der Erhalt und die Schaffung von existenzsichernden Arbeitsplätzen. Das wollen wir erreichen durch Mindestlohn und Tarifbindung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, durch kleine Vergabelose, beschränkte Ausschreibungen sowie durch eigene Ausbildung von Fachkräften. Für die Verbesserung von Infrastruktur und Mobilität setzen wir uns ein für ein Rufbussystem auch im östlichen Teil der Gemeinde und für die Optimierung der kostenfreien Schülerbeförderung. Wir fordern, dass der Radweg an der L 73 (Dobbrikow-Luckenwalde) umgehend gebaut wird. Dies, sowie der Erhalt der Buslinien und jetzigen Regionalbahntaktzeiten (z. B. in Woltersdorf) sind wichtig für den Tourismus in unserer Gemeinde. Zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge gehört, dass soziale und kulturelle Dienstleistungen, Wasserwirtschaft und Abfallbeseitigung in öffentlicher Hand bleiben. Wichtig ist die Erarbeitung eines gemeindlichen Energie- und Klimakonzeptes für den sinnvollen Einsatz erneuerbarer Energien. Eine gute Bildung für alle setzt den uneingeschränkten Rechtsanspruch jedes Kindes auf einen Kita-Platz voraus. Eine stärkere Verzahnung von Kita und Schule dient der kindgerechten Frühförderung. Das beinhaltet den Erhalt beider Grundschulen und der beiden Stellen für die Jugendsozialarbeit. Zur Bekämpfung von Kriminalität unterstützen wir die Ausbildung von Streitschlichtern sowie die Bildung von Sicherheitspartnerschaften.

Stadt Jüterbog



Anton Gorisek, 1952, Gewerkschaftssekretär.

Unser Team:

Maritta Böttcher, 1954, Lehrerin
Petra Haase, 1955, phys.-technische Assistentin
Eberhard Podzuweit, 1982, Doktorand
Ilona Petzhold, 1961, Erzieherin
Jochen Kutschera, 1976, Student
Marion Harz, 1949, Rentnerin
Philip Petzhold, 1992, Auszubildender
Michael Maurer, 1952, Kunstglaser
André Holländer, 1986, Sozialpädagoge
Peter Hacke, 1949, Werkzeugmacher

Für eine demokratisierte und sozial gerechte Kommunalpolitik!

Jüterbog mit seinen Ortsteilen Fröhden, Grüna, Kloster Zinna, Markendorf, Neuheim, Neuhoof und Werder ist der Ort, an dem wir leben und arbeiten, und deshalb der Ort, an dem wir die Bedingungen für unser Leben und unsere Arbeit mitgestalten wollen. Gemeinsam gestalten – gemeinsam verändern! Es geht um eine partnerschaftliche Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft. Bürgerinnen und Bürger sind die Kunden und Mandanten der Verwaltung und nicht ihr störendes Publikum. Der Erhalt und die Schaffung existenzsichernder Arbeitsplätze ist vorrangige Aufgabe. Wir brauchen Arbeit, von der man leben kann. Wir fördern die öffentliche Auftragsvergabe an kleine und mittlere Unternehmen. Dafür sind entsprechende Vergabeverfahren mit beschränkten Ausschreibungen und kleinen Vergabelosen kontrolliert anzuwenden. Der ländliche Raum ist mit seiner nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. DIE LINKE setzt sich für eine gute und zukunftsfähige Bildung für alle Kinder ein. Die Potenziale von Kita, Tagesbetreuung, Vereinen, Verbänden, Bibliotheken, Museen, Elterninitiativen, Horten und Schulen müssen vernetzt und Kooperationen unterstützt werden. Museen, Bibliotheken, Denkmäler, Galerien und Bühnen wie auch deren Akteurinnen und Akteure gehören zu einer lebendigen, produktiven Kulturszene unserer Stadt. Dieser kulturelle Reichtum darf nicht dem Rotstift zum Opfer fallen.

Gemeinde Niedergörsdorf



Edeltraut Liese, Jahrgang 49 und Lehrerin von Beruf, verheiratet, zwei Kinder. Seit 1974 in der Kommunalpolitik verwurzelt: „Ich unterstütze die Entwicklung des sanften Tourismus in unserer Region und setze mich aktiv für den Erhalt unserer wertvollen Naturlandschaft und der Qualität der Flämingskate ein.“

Unsere weiteren Kandidaten: Klaus Pollmann OT Altes Lager; Viola Heimke OT Wölmsdorf; Dirk Peukert OT Malterhausen; Annette Schreiber OT Altes Lager; Bernd Dieske OT Langenlipsdorf; Rosmarie Scholz OT Malterhausen.

Gemeindevertretung Niedergörsdorf – kommunal geht nur sozial

DIE LINKE steht mit ihren Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeindevertretung Niedergörsdorf, die Ortsvorsteherin in Malterhausen und den Ortsvorsteher in Altes Lager für eine engagierte und konstruktive Politik zur Entwicklung aller Ortsteile der Gemeinde. Politisches Engagement aller Abgeordneten für die Einwohnerinnen und Einwohner braucht starke Beteiligungsmöglichkeiten. Daher setzen wir uns für eine transparente Verwaltung ein. Wir unterstützen die Bildung von Ortsbeiräten in den größeren Ortsteilen. Unser besonderes Augenmerk gilt der Förderung der Familien, dem Erhalt und Ausbau der Angebote unserer Grundschule in Blönsdorf, in den Kindertagesstätten und in der Seniorenarbeit. Dabei legen wir den Schwerpunkt auf generationenübergreifende Maßnahmen und Projekte. Zu einer lebenswerten Gemeinde gehört für uns die Förderung von Vereinen und den freiwilligen Feuerwehren. Das ökonomische Überleben und die Attraktivität der Gemeinde bedürfen der Förderung der Infrastruktur, der ansässigen Betriebe und der touristischen Angebote. Dazu gehören in unserer Gemeinde das kulturelle Zentrum „Das Haus“ im OT Altes Lager, das Freibad in Oehna, die Dorfgemeinschaftsräume, Sportstätten und die Flämingskate. Um diese anspruchsvollen Ziele erreichen zu können, bieten wir allen demokratischen Kräften in der Gemeindevertretung, der Verwaltung, den Vereinen und Einrichtungen unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit an.

Stadt Dahme/Mark



Rosemarie Jäger, 1948, Landwirtschafts-kauffrau

Meine Ziele: Bewahrung der Identität der Ortsteile – Sicherung der ländlichen Entwicklung

Unser Team:

Frank Donath,
Heike Kühne,
Jörg Martin Bächmann,
Gundula Flicke,
Monika Schmidt

Nach vorn schauen, die Gegenwart erleben und aus der Vergangenheit lernen!

So lautet das Motto der Fraktion DIE LINKE.Dahme für die anstehende Wahlperiode.

Neben der Unterstützung bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation werden wir die Entwicklung des Tourismus fördern, zur Erhaltung der freiwilligen Aufgaben wie z.B. Museum, Freibäder, Sportstätten, Tierpark sowie der wohnortnahen Bildungsangebote - durch den Erhalt des Schulstandortes Dahme - beitragen. So können wir die Lebensqualität in unserer Stadt und in den Gemeinden verbessern.

Als Interessenvertreter der Bevölkerung von Dahme setzen wir uns für die Bewahrung der Identität der Ortsteile und dafür ein, dass sie sich im Stadtparlament vertreten sehen.

Zur Stärkung der Demokratie wollen wir, dass die Einwohner über die Ausschussarbeit in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Beförderung eines attraktiven Umfeldes für Handel, Handwerk und Dienstleistung, dazu gehört auch der ständige Austausch zwischen der Stadtverwaltung und betroffenen Betrieben im Rahmen des Ausbaus der Ortsdurchfahrt B 102 .

Um zukünftige Härten durch unvermeidbar hohe Wassergebühren zu vermeiden, setzen wir auf aktive Mitarbeit im Trink- und Abwasserzweckverband Luckau.

Wir sind für eine EU-Agrarreform, die flächendeckende Landwirtschaft und Chancengleichheit unserer Betriebe sichert.

Gemeinde Niederer Fläming



Reinhard Siebert, geboren 1953 in Meuselwitz. Ich wohne in Schlenzer.

Seit 32 Jahren bin ich verheiratet und habe zwei erwachsene Söhne und einen Enkel .

Von Beruf bin ich Agrotechniker, meine jetzige Tätigkeit ist Verwaltungsangestellter.

Unsere Handlungsschwerpunkte in der Gemeinde Niederer Fläming

Noch mehr Transparenz der Verwaltung – partnerschaftliche Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerinnen und Bürgern. Verstärktes Einbringen gegen die Verunstaltung der Land- und Siedlungsgebiete durch weitere Windkraftanlagen, mehr Solarenergie. Einbeziehung der Bürger vor Ort in Planungen für die Region. Agrarenergieerzeugung ohne Verwendung von Lebensmitteln. Unterstützung von lokalen Initiativen gegen Rechts und gegen Ausländerfeindlichkeit. Ordnung und Sicherheit in den Ortsteilen durch stärkere Kontrollen des Ordnungsamtes und die Mitarbeit aller Bürgerinnen und Bürger. Erhaltung und Stärkung der Freiwilligen Feuerwehren in den Ortsteilen unter Beachtung der personellen und finanziellen Mittel, auch als Träger der gesellschaftlichen und kulturellen Mittelpunkte in den Ortsteilen. Verstärkung des Sicherheitsgefühls der Bewohner durch Schaffung einer effektiven Löschwasserversorgung. Instandsetzung der Straßen- und Regenentwässerung. Verstärkte Zusammenarbeit mit den Vereinen sowie der Jugend und den Senioren unter Einbeziehung/Unterstützung der Verwaltung. Ausbau und Erschließung historischer und kultureller Traditionen sowie Stärkung des Tourismus, z.B. durch Ausbau des Skaterweges.

Für DIE LINKE im Europäischen Parlament – der Brandenburger Helmut Scholz

Helmut Scholz, früher Diplomat, überzeugt im Europäischen Parlament durch seine ruhige, ausgleichende Art auch Abgeordnete anderer Fraktionen. Dass der Abgeordnete dennoch ungemütlich werden kann, zeigte er unter anderem immer, wenn es um Kinderarbeit ging. Scholz verhinderte durch seinen Einsatz gemeinsam mit dem Sozialdemokraten George Sabin Cutaş den Abschluss eines neuen Handelsabkommens mit Usbekistan, solange dort Kinder zur Arbeit in der Baumwollerte gezwungen werden. Mit einer anderen Resolution verurteilte das Europäische Parlament die Kinderarbeit in der Kakaoproduktion in Westafrika. Die



EU ist nun verpflichtet, sich dort für die Bekämpfung von Kinderarbeit einzusetzen.

Mit seiner kleinen GUE/NGL-Fraktion, mit 35 von 765 Abgeordneten, muss er oft gegen die existierenden Mehrheiten ankämpfen. Von den 99 deutschen EU-Parlamentariern aller Parteien ist er – so belegt es die Statistik – der Zweitfleißigste, wenn es etwa um bearbeitete Dossiers geht. „Wir haben mit dafür gesorgt, dass in Wirtschafts- und Handelsverträgen mit Entwicklungsländern Menschenrechtsaspekte einbezogen werden. Auch dass die Regulierung der liberalisierten

Finanzmärkte heute in nahezu aller Munde ist, ist nicht zuletzt der GUE/NGL zu verdanken. Für das Konto für jedermann, inzwischen selbst von der EU-Kommission gefordert, machte sich unsere Fraktion seit Jahren stark; und auch daran, dass die Kommissionspläne zu einer ungezügelter Wasserprivatisierung aufgegeben werden mussten, haben wir eine bedeutende Aktie.“ Der 59-Jährige nimmt seine Arbeit ernst. Er pendelt zwischen Brüssel, Straßburg und den von ihm „betreuten“ Bundesländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Helmut Scholz versteht sich als Teil eines

Arbeitsprozesses, an dessen Ende für die Bürgerinnen und Bürger greifbare Ergebnisse stehen sollen. Mit dem Hinzukommen neuer EU-Mitglieder wurde die Förderpolitik gerade für strukturschwache Regionen neu organisiert. Brandenburg etwa hatte einen Einbruch seiner Finanzen um circa eine Milliarde Euro zu befürchten. Also suchte Scholz das Gespräch. Über Parteigrenzen hinweg konnte so erreicht werden, dass für die ostdeutschen Bundesländer spezielle Übergangsregelungen den plötzlichen Wegfall der Mittel deutlich abfangen.

Ernährungssicherheit

Scholz: „Es ist eine Schande, dass im Jahr 2014 noch immer 842 Millionen Menschen auf der Welt Hunger leiden. Schuld trägt daran auch die Spekulation auf Nahrungsmittel. Das Europaparlament könnte das profitable Geschäft der Banken am Hunger gemeinsam mit dem Rat verbieten. Auch aus Geld für die Rüstung könnte die Politik Geld für Landwirtschaft machen. Eine starke LINKE im Europaparlament wird dafür kämpfen.“

TTIP stoppen

Scholz: „Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) laufen in eine gefährliche Richtung. Setzen sich darin weiter Konzerninteressen durch, sind unsere Landwirtschaft und unsere hohen Verbraucher- und Gesundheitsschutzstandards bedroht. Entscheiden wird über das Ergebnis das Europaparlament. Für ein Nein braucht es eine starke LINKE.“

In Brandenburg willkommen

Menschen die vor Krieg, Vertreibung und Hunger fliehen, haben ein Recht auf Asyl. Während die EU-Innenminister über Maßnahmen reden, um die Grenzen der EU noch effektiver als bisher abzuschotten, will DIE LINKE legale und sichere Wege für schutzsuchende Menschen. Die „Festung Europa“ ist keine Lösung. Auch in Brandenburg suchen viele Flüchtlinge

Schutz. Wir wollen, dass sie hier willkommen sind.

Es ist unsere Pflicht ein menschenwürdiges Leben für alle zu gewährleisten. Das bedeutet unter anderem, dass die Flüchtlinge nicht mehr in Gemeinschaftsunterkünften weit außerhalb der Städte untergebracht werden, sondern in Wohnungen leben können. Vorurteile müssen abgebaut werden, um die

schutzsuchenden Menschen zu integrieren.

Die rot-rote Landesregierung in Brandenburg hat 12,7 Millionen € extra für Kommunen, besseren Wohnraum und mehr Personal zur Verfügung gestellt. Doch immer wieder wollen alte und neue Nazis Ängste schüren, gegen die Menschen, die bei uns Schutz suchen. Wir aber wollen eine neue Will-

kommenskultur in Brandenburg schaffen, ohne Vorurteile und Ängste. Deshalb gibt es seit Ende 2013 in der LINKEN den Arbeitskreis „Willkommenskultur in Brandenburg“ in dem sich Aktive aus Vereinen und Initiativen vernetzen, um für eine bessere Flüchtlingspolitik zu wirken. Aktives Handeln und nicht wegsehen ist und bleibt unser Ziel.

Steuer auf Finanzprodukte

Über die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer müssen derzeit die Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer entscheiden. Für die Einführung dieser Steuer auf alle Finanzprodukte der Banken, Börsen und Versicherungen hat sich als erstes EU-Gremium der Ausschuss der Regionen (AdR) auf Initiative des Brandenburger Europaministers Ralf Christoffers (LINKE) und der Europaabgeordneten Martina Michels (Foto) ausgesprochen. Im AdR sind 344 Gebietskörperschaften aus allen EU-Mitgliedstaaten vertreten, deutsche Vertreter sind die Bundesländer.



„Als Berichterstatter des AdR habe ich mich dafür eingesetzt, dass Einnahmen aus dieser Steuer auch für soziale Aufgaben der EU-Länder

zur Verfügung stehen“, so Christoffers. Es wird mit jährlichen Einnahmen von 54 Milliarden € gerechnet. DIE LINKE setzt sich seit Mitte der 1990-er Jahre für die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer ein. „Unsere politische Position aus dem AdR ist inzwischen bei den Regierungschefs angekommen und mehrheitsfähig geworden“, kommentierte Martina

Michels (LINKE). Und weiter sagte sie: „Die EU hat viele Hoffnungen enttäuscht. Ihre Politik wird fast nur durch Regierungen bestimmt. Dem kann man mit einem starken Europaparlament begegnen. Es braucht eine starke LINKE als verlässliche Anwältin des Bürgerwillens. Wir lehnen die EU-weiten Kürzungsorgien bei Löhnen und Renten ab und wollen verbindliche Mindeststandards. Schon heute wird unser Leben in den Kommunen europäisch bestimmt, ob es um Wasser, Strom oder Verbraucherschutz geht. Auch deshalb wollen wir Europa verändern!“

Europa in Brandenburg



Ein schöner Bahnhofsvorplatz in Falkensee

Lange Jahre präsentierte sich das Umfeld des Bahnhofs in Falkensee in einem wenig einladenden Zustand. Unter anderem Dank der Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung wurde das Bahnhofsareal zu einem attraktiven Eingang in die Stadt umgestaltet.

Tanzen im Alten Gymnasium

Wer in Neuruppin Stepptanzen lernen will, geht genauso ins Alte Gymnasium wie diejenigen, die wissen wollen, wie man Trompete spielt. Neuruppin ist eine von 15 Städten, die in der Förderperiode 2007 – 2013 aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Programm „Nachhaltige Stadtentwicklung“ gefördert werden.

Denkmalgeschützt und multifunktional

Das Friedrich-Wolf-Theater in Eisenhüttenstadt ist das größte Veranstaltungshaus in der Region. Dort finden Veranstaltungen aller Genres statt. Und ganz nebenbei trägt der Umbau des Theaters im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) zur Belebung der Innenstadt bei. Dies wurde u.a. mit EFRE-Mitteln in Höhe von 2,8 Millionen Euro möglich.

Alle kennen das Bergschlösschen

In Spremberg kommt man am Bergschlösschen nicht vorbei. Erst kürzlich wurden mehr als 687.000 EUR aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung bereitgestellt, um den Rück- und Neubau von Gebäuden auf dem Gelände des Mehrgenerationen- und Kulturzentrums Bergschlösschen zu unterstützen.



Bollhagens Töpfe, Tassen und Becher im Museum

Gleich neben dem Ofen- und Keramikmuseum Velten entsteht derzeit das Museum für den künstlerischen Nachlass der Keramikerin Hedwig Bollhagen (1907 – 2001). Die Stadt Velten erhält 835.000 Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung für die Errichtung des Hedwig-Bollhagen-Museums.

Der Landkreis Oberhavel stellt weitere 540.000 Euro zur Verfügung.

Erst Waschhaus, jetzt Kunsthaus

Da wo früher die Wäsche der Kirchenleute gewaschen wurde, können die Bürgerinnen und Bürger Prenzlau und die Gäste der Stadt Kultur und Geschichte der Uckermark erleben. Das ehemalige Waschhaus in Prenzlau wurde vor drei Jahren nach zweijährigem Umbau wieder eröffnet.

Die Sanierung des Waschhauses kostete insgesamt rund 1,1 Millionen Euro. Vom Land Brandenburg wurden 825.000 Euro aus EU-Mitteln zur Verfügung gestellt.

Breitbandausbau

Mit dem Bau des Breitbandnetzes wird seit März in den Planungsregionen Prignitz/Oberhavel, Barnim/Uckermark und Oderland-Spree begonnen, die anderen werden folgen. Dies ist möglich geworden, weil die Europäische Kommission das „Entwicklungskonzept Brandenburg – Glasfaser 2020“ des Brandenburger Wirtschafts- und Europaministeriums Anfang 2013 gebilligt hatte. Die Unterstützung mit europäischen Fördermitteln war notwendig geworden, weil Betreiber bisher Gebiete mit geringer Einwohnerdichte vom schnellen Internet ausgeschlossen hatten.

Wählen gehen! So wird's gemacht.

Mustervordruck 11a
Anlage 11a
zu § 41 Absatz 1 Satz 1 BbgKWahlV

Stimmzettel

für die Wahl zum Kreistag¹⁾ am _____ im Landkreis _____ Wahlkreis: _____

Sie haben 3 Stimmen: x x x

Sie können alle drei Stimmen **einer einzigen** Bewerberin oder **einem einzigen** Bewerber geben.
Sie können Ihre drei Stimmen aber auch auf **mehrere** Bewerberinnen und Bewerber **desselben** Wahlvorschlags oder **verschiedener** Wahlvorschläge verteilen.

Bitte beachten Sie:
Bei der Abgabe von mehr als drei Stimmen sind alle abgegebenen Stimmen ungültig!

1 A-Partei AP	2 Wählergruppe Feuerwehr WGF	3 Listenvereinigung X - C-Partei (CP) - Wähleraktion Torfstedt (WAT) - Wählerinitiative Nuth (WIN) LX	4 B-Partei BP
1. Dr. Zorn, Max Geburtsjahr 1951 Tierarzt Ginsterweg 12 Altmark ○○○	1. Lenz, Moritz Geburtsjahr 1981 Elektroinstallateur Kantstraße 8 Torfstedt ○○○	1. Kok, Ronald Geburtsjahr 1987 Unternehmer Nuthstraße 14 Nuthstedt ○○○	1. Stendal, Kathrin Geburtsjahr 1969 Kaufrfrau Schillerstraße 4 Bärenhausen ○○○
2. Reim, Ramona Geburtsjahr 1987 Lehrerin Kleiststraße 21 Neumark ○○○	2. Dorn, Magnus Geburtsjahr 1959 Landwirt Dorfstraße 17 Kleinstedt ○○○	2. Sommer, Raphael Geburtsjahr 1953 Polizeibeamter Lindenstraße 5 Torfstedt ○○○	2. Berger, Friedrich Geburtsjahr 1947 Bäckermeister Hauptstraße 55 Karstedt ○○○
3. Köster, Karl Geburtsjahr 1948 Schlosser Eichenweg 2 Bärenhausen ○○○	3. Mai, Charlotte Geburtsjahr 1963 Chemielaborantin Fontaneweg 9 Altmark ○○○	3. Zwerg, Inka Geburtsjahr 1990 Hausfrau Chopinallee 5 Kleinstedt ○○○	3. Dr. Gent, Rita Geburtsjahr 1959 Apothekerin Luisenstraße 12 Neustedt ○○○
(usw.)	(usw.)	(usw.)	(usw.)

1) Muster gilt für die Wahl des Kreistages.

- ▶ **Erstmalig sind in Brandenburg bei der Wahl der Kommunalvertretungen und ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister alle Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahre stimmberechtigt.**
- ▶ **Sie haben bei der Wahl der Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen sowie der Ortsbeiräte jeweils drei Stimmen.**
- ▶ **Gewählt werden können die Bewerberinnen und Bewerber von Parteien, politischen Vereinigungen, Wählergruppen, Listenvereinigungen und auch Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber.**
- ▶ **Die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel richtet**

- sich nach deren Stimmenanteil bei der vergangenen Kreistagswahl.**
- ▶ **Sie können die drei Stimmen einer Bewerberin bzw. einem Bewerber eines Wahlvorschlagsträgers geben (kumulieren) oder einzeln auf mehrere Bewerberinnen oder Bewerber entweder desselben Wahlvorschlagsträgers oder unterschiedlicher Wahlvorschlagsträger verteilen (panaschieren).**
- ▶ **Sie können auch weniger als drei Stimmen abgeben (eine oder zwei Stimmen). Ihre Wahl ist trotzdem gültig.**
- ▶ **Wenn Sie mehr als drei Stimmen abgeben, ist Ihr Stimmzettel ungültig.**



Zum ersten Mal mit 16

Wähle, wie du leben willst

www.linksjugend-solid-brandenburg.de

Unser ganzes Leben steckt täglich voller Entscheidungen darüber, wie wir unser Leben gestalten wollen. Häufig ist es nur eine Frage des Umganges miteinander aber persönliche Entscheidungen, Interessen und Bedürfnisse sind an vielen

Stellen hochpolitisch. Als politischer Jugendverband ist es unser Ziel Jugendlichen eine Plattform zu bieten, in der die eigenen Vorstellungen von einem gerechten Leben für alle entwickelt, diskutiert und für deren Umsetzung gemeinsam gestritten werden kann. Wenn in diesem Mai erstmals alle Jugendlichen Brandenburgs ab 16 Jahren dazu aufgerufen werden zur Wahlurne zu gehen, wollen wir diesen Aufruf erweitern, denn: Du hast an jedem Tag die Möglichkeit selbst zu entscheiden, ob du dich gegen Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen oder aber für deine Interessen und Ideen einsetzt. Nutze sie, egal ob in deiner Schule, deinem Ausbildungsbetrieb, in deinem Kiez oder aber in der Uni! Geh nicht einfach nur wählen, sondern werde aktiv!

Ihre Spende für DIE LINKE

Sie können DIE LINKE über Ihre Wählerstimme hinaus auch mit einer Spende unterstützen. Medienwahlkämpfe sind teuer. DIE LINKE verzichtet als einzige Partei auf Spenden von Unternehmen und braucht deshalb auch Ihre Unterstützung. Für 20 € können wir 10 Plakate oder 1.000 Wahlzeitungen drucken lassen. Für 80 € können wir 1.000 Faltblätter für unsere Kandidat(inn)en zur Verteilung am Infostand herstellen. Jeder Betrag hilft. Bitte überweisen Sie unter Angabe Ihres Namens und Anschrift auf unser Konto Nr. 1000969068, BLZ 16050000 bzw. IBAN DE43 16050000 1000 9690 68, BIC WELADED1PMB.